
Discussion Paper Series
Nr 5 | April 2019

Europa als Projekt der Aufklärung

68. Städtetag in Feldkirch

Festrede

Ulrike Guérot

Von 6. Juni bis 8. Juni luden der Österreichische Städtebund und die Stadt Feldkirch zum 76. Österreichischen Städtetag 2018 ein.

Unter dem Motto „Für ein neues Miteinander“ wurden wichtige Zukunftsthemen, wie das Zusammenspiel von zentralen Orten und dem Ländlichen Raum, oder Digitalisierung besprochen.

Als Festrednerin sprach sich Ulrike Guérot in ihrem Vortrag für mehr Solidarität innerhalb der Europäischen Union aus.

Vienna, October 1st, 2018

„Europa als Projekt der Aufklärung: für ein gelingendes Miteinander auf dem europäischen Kontinent“

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Van der Bellen,
Sehr geehrte Mitglieder des österreichischen Städtetages,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Lassen Sie mich zu allererst meine Dankbarkeit ausdrücken, dass ich heute als Gastrednerin auf dem österreichischen Städtetag zu Ihnen sprechen darf! Das ist für mich, die ich erst seit zwei Jahren als Professorin an der Donau-Universität in Krems die Gastfreundschaft Ihres Landes genieße, eine wirkliche Ehre, der ich hoffe gerecht zu werden!

Als zweiten Satz erlauben sie mir anzufügen, dass ich in diesen zwei Jahren schon viele österreichische Städte gesehen habe, in Tirol und im Burgenland, in Oberösterreich oder in Kärnten, denn ich war auf sehr vielen Diskussionsrunden zu Europa eingeladen und – Sie hören dieses Kompliment sicherlich nicht zum ersten Mal – aber die österreichischen Städte sind wirklich in jeder Hinsicht sehr, sehr schön und ich fühle mich in Österreich sehr wohl!

Ich habe zuvor in Deutschland, Frankreich, den USA, Belgien und Großbritannien gelebt und es ist sehr interessant, in Österreich noch einmal einen neuen, einen anderen Blickwinkel auf Europa zu werfen. Eigentlich sind es zwei neue Blickwinkel oder gar drei, die mir auffallen: Österreich ist, erstens, ein verhältnismäßig kleines Land, und das merkt man seiner Europapolitik strukturell durchaus an; Österreich hat, zweitens, einen anderen Blick auf Osteuropa als viele andere „westeuropäische“ Länder, ist also eine Art Interface zwischen Ost und West. Es hat eine starke Ausrichtung auf Südosteuropa, es ist nach wie vor das europäische Tor zum Balkan und das ist wichtig, man kann es hier förmlich spüren. Und schließlich ist Österreich überwiegend ländlich und kleinstädtisch aufgebaut und auch das fällt einem – wenn man sonst eher nach Amsterdam,

Brüssel oder Paris reist, und nicht so oft nach Feldkirch – natürlich sofort auf. Es geht konsequenterweise viel um Strukturfonds für ländliche Regionen, aber das ist nicht mein Punkt: es scheint mir doch so, als Neankömmling, dass sich Österreich viele funktionierende soziale Strukturen in seinen städtischen und ländlichen Räumen bewahrt hat: genossenschaftliche Modelle, kleine Kassen, dezentrale Strukturen, starke städtische Kommunen – und das ist gut. Ich werde im dritten Teil meiner Rede darauf zurückkommen. Irgendwie kommt mir - gestatten Sie mir, dass ich das so lapidar sage – Österreich von der EU nicht „ausgelaugt“ vor; während dies in vielen EU-Mitgliedsstaaten durchaus so ist. Rumänien, Bulgarien z.B., aber auch Griechenland, sind förmlich, jedes Land auf seine Weise, „ausgelaugt“ von der EU. Wenn Sie ein schönes Buch darüber lesen möchten, dann empfehle ich Ihnen das Buch „Europadämmerung“ des bulgarischen Intellektuellen Ivan Krastev.

Problemaufriss

Und damit sind wir schon beim Thema, das mir gestellt wurde, nämlich wie ein solidarisches Miteinander auf dem europäischen Kontinent gelingen kann. Und das heißt auch: wie Städte und ländliche Regionen anders und gegebenenfalls sogar besser mit Europa verknüpft werden können; wie Europa wirklich bei den Menschen ankommen kann; wie es gelingen könnte, dass Europa nicht immer nur irgendwo fern und „da oben in Brüssel“ ist; wie es gelingen könnte, dass Europa nicht etwas ist, gegenüber dem man sich abgrenzen muss – dafür wird gemeinhin als Chiffre gerne das Wort „Subsidiarität“ verwendet („Wir hier unten, Europa da oben“). Sondern wie Europa im 21. Jahrhundert gleichsam ein politisches Projekt werden könnte, mitten unter uns, von und für die Menschen, immer und jeden Tag: ein animiertes Gemeinwesen Europa, das nicht mehr in Frage gestellt wird! Im Übrigen sollte vielleicht von Zeit zu Zeit daran erinnert werden, dass wir alle noch, sofern dies nicht expressis verbis geändert wird, unter dem verfassungsrechtlichen Impetus des Maastrichter Vertrag von 1992 operieren, der einen Auftrag zur „ever closer union“ für alle EU-Mitgliedsstaaten in sich trägt, auch wenn das heute gerne vergessen wird.

Denn genau das ist es ja, was wir dieser Tage, nein, in den letzten Jahren zunehmend und mit immer mehr Verve tun: Europa in Frage stellen und es abwehren: finanziell, politisch, institutionell – und zwar europaweit. Insofern ist dieser Satz nicht spezifisch auf Österreich gemünzt, um hier

nicht missverstanden zu werden. Im Gegenteil wird der Österreichischen EU-Ratspräsident, die in wenigen Wochen, am 1. Juli 2018, beginnen wird, geradezu eine Mammutaufgabe zukommen, all die schwierigen europäischen Themen, die derzeit auf dem Tisch liegen, zu behandeln und gleichzeitig die europäischen Fliehkräfte einzuhegen – falls dies überhaupt noch möglich ist. Die Themen, das sind zum einen jene, die sich die österreichische Präsidentschaft selbst zum Schwerpunkt gesetzt hat (die Asylpolitik und Frontex, die Südoosterweiterung, die digitale Union etc.); aber darüber hinaus wird Österreich in einem schwierigen, wenn nicht gar sehr schwierigen europäischen Umfeld der EU politische guidance geben müssen, und das kann in diesen Zeiten schon fast wie eine Überforderung anmuten.

Wie Sie in den letzten Monaten gehört haben, liegen mehrere Reden und Vorschläge des französischen Präsidenten Emmanuel Macron auf dem Tisch, der in vielfältiger Hinsicht – Eurozone, Asylpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik – für eine europäische Neugründung plädiert. Wie Sie vielleicht letzten Sonntag in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung gelesen haben, antwortet Bundeskanzlerin Angela Merkel darauf verhalten, um nicht zu sagen: schmallippig; aber eine deutliche Antwort aus Österreich habe ich auch noch nicht gehört. Die Wahlen in Slowenien – gleichsam um die Ecke von Krems – geben zu Sorge Anlass und da ist Slowenien fast noch ein kleines Problem, wenn Sie die Wahlergebnisse und politischen Folgen in Polen oder Ungarn bedenken. Seit den Italienischen Wahlen wiederum diskutiert ganz Europa, vor allem die Finanzmärkte, über Stabilität und Zukunft des Euro und seine notwendigen, aber nicht sehr wahrscheinliche Euro-zonenreform.

Die EU-Kommission hat einen Entwurf für den nächsten europäischen Finanzrahmen, also das künftige EU-Budget auf den Tisch gelegt. Vor allem bei den Nettozahlern war die Reaktion indes unisono ein ‚Pavloscher Abwehrreflex‘ gegen Mehrausgaben. Obgleich natürlich alle immer sehr viel, eigentlich alles von Europa wollen, nämlich Frieden, Stabilität, Prosperität usw., Europa aber natürlich nie irgendetwas kosten darf. Europa scheint – vielleicht ist das im ländlichen Österreich ein gutes Bild - wie eine Kuh, die gerne gemolken wird und deren Milch wir alle brauchen, die aber keiner richtig füttern, geschweige denn auf seiner frischen Wiese weiden lassen möchte. Gleich an dieser Stelle soll darum kurz angeführt werden, dass immer sehr viel Lärm um eine – im Vergleich

zu nationalen Haushalten – verhältnismäßig kleine Summe gemacht wird, nämlich um 0,9% des europäischen Inlandsproduktes. Ich wiederhole: 0,9%.

Und schließlich dürfte ab Herbst der Brexit-Sturm über dem europäischen Kontinent zu wüten beginnen, denn dass wir derzeit noch die Ruhe vor dem Sturm genießen, dürfte jedem klar sein, der denken kann. Unklar ist zudem, ob es gelingt, jene „consultations démocratiques“, die von Macron vorgeschlagen wurden und die zu einem offiziellen Projekt der EU-Ratspräsidentschaft geworden sind – die Ergebnisse sollen auf dem EU-Rat im Dezember 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt werden – rechtzeitig und umfassend durchzuführen. Die ganz konkrete Frage an die Repräsentanten der Städte Österreichs im Sinne eines gelingenden europäischen Miteinanders wäre damit schon einmal: haben Sie sich und Ihre Stadt schon angemeldet für diese „consultations démocratiques“? Haben Sie schon in Ihrem Rathaus offiziell über Europa diskutiert? Haben Sie sichergestellt, dass die Ergebnisse der Bürgerinnen und Bürger Ihrer Stadt in die Council Conclusions vom Dezember einfließen? Der Fragebogen dazu – es sind insgesamt 12 Fragen – ist übrigens im Internet: jeder kann mitmachen! Die Liste eines problematischen europäischen Umfeldes - Sie haben es gerade gehört – ist also leider lang, und ich könnte sie noch länger machen: weder habe ich bisher die Geflüchtetenkrise angesprochen, noch die zunehmend problematische außenpolitische Konstellation Europas erwähnt: Trump, Handelskrieg, Putin, die Türkei, der Syrienkrieg oder Afrika, das seine Bevölkerung mit einer durchschnittlichen Geburtenrate von 7,2% Kindern pro Frau bis 2050 knapp verdoppeln dürfte. Das sind alles nur Schlagworte, um zu erfassen, in welcher historischen Situation sich die EU, Europa, im 60. Jahr ihrer Gründung bewegt. Selten hat man - man kann es wohl so formulieren - mehr das Gefühl gehabt, dass das, was wir als Zeitgenossenschaft derzeit auf diesem Kontinent verhandeln, nichts anderes ist als unser gemeinsames Überleben – oder eben den europäischen Untergang: den Untergang eines eigenständigen, handlungsfähigen, strategischen, friedlichen, demokratischen und prosperierenden Europa! Und in genau in dieser angespannten Situation ist also die Frage, wie Europa im Sinne der Aufklärung eine Politik des gelingenden Miteinanders verwirklichen kann.

Die Werte der Aufklärung

Lassen Sie mich daher kurz mit den Werten der Aufklärung beginnen, die das gelingende Miteinander Europas konturieren sollen: Es sind dies Liberté, Egalité und Fraternité, heute gemeinhin mit Solidarität übersetzt. Als kleiner Einwurf sei mir erlaubt darauf hinzuweisen, dass Sécurité – also Sicherheit – im Wertekanon der Aufklärung nicht vorkommt. Sicherheit ist etwas sehr schönes, aber kein Wert an sich, denn man kann z.B. auch im Gefängnis sehr sicher sein. Man ist nur leider nicht frei. Die derzeitige Verschiebung der EU von einer Friedenserzählung hin zu einer europäischen Sicherheitserzählung muss darum problematisiert werden, bzw. die Tatsache, dass sich für Europa anscheinend nur noch mit dem Verweis auf Sicherheit – vor Terror oder vor Flüchtlingen – mobilisieren lässt. Nun ist nichts zu sagen gegen ein Europa das schützt, l'Europe qui protège, ist eins der geflügelten Worte von Emmanuel Macron, denn natürlich hat eine Staatlichkeit oder auch eine Teilstaatlichkeit wie Europa eine Schutzfunktion. Aber gefragt werden muss schon, was wir denn schützen wollen? Unsere Werte? Unsere Sicherheit? Oder unseren Reichtum?

Der kamerunische Politikwissenschaftler Achille Mbembe, der derzeit mit seinem Buch „Die Politik der Feindschaft“ große internationale Aufmerksamkeit erfährt, schreibt Europa dabei ins Stammbuch, dass „unsere Freiheit und unser Wohlstand nur möglich waren, aufgrund der Unfreiheit und Ausbeutung von anderen Teilen der Welt“. In theoretischer Hinsicht unterscheidet die großartige Hannah Arendt in ihrem kleinen Büchlein „Von der Freiheit, frei zu sein“, das derzeit die Bestseller-Listen des SPIEGEL zielt, zwischen der Freiheit von Zwang und der Freiheit von Not und beschreibt die Tatsache, dass die Freiheit von Zwang – also die Demokratie – (leider!) oft einhergeht mit der Unfreiheit anderer von Not: gemeint ist die Tatsache, dass sich z.B. die amerikanische Demokratie nach der amerikanischen Revolution für die einen (die weißen Amerikaner) nur so fulminant entwickeln konnte im 19. Jahrhundert, weil die anderen (die schwarzen Sklaven) noch lange nicht frei von Not, geschweige denn von Zwang waren. Damit konturiert Hannah Arendt – im Sinne der Aufklärung – das theoretische Paradigma für das 21. Jahrhundert: kann es überhaupt einen Zustand geben, in dem alle Menschen frei von Zwang UND frei von Not sind – und wenn ja wie? Und welches wäre der europäische Anteil daran eine solche Politik zu denken, sofern sich Europa als Erbe der Aufklärung sieht?

Denn das direkte Erbe der Aufklärung ist ja die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die da lautet: „Alle Menschen sind geboren frei und gleich in ihren Rechten.“ Nun sind sie das natürlich nicht. Weder sind alle Menschen frei, geschweige denn gleich in ihren Rechten. Es ist aber die Aufgabe einer an der Aufklärung orientierten Politik - also die Aufgabe Europas - so Hannah Arendt, stets die Freiheit und Gleichheit aller Menschen anzustreben. „Politik“, so Willy Brandt einmal, ist die Arbeit an der Vernunft!

Nun werde ich – mir sind 35 Minuten gegeben worden – das theoretische Paradigma Hanna Arendts im globalen Kontext in der gebotenen Kürze hier nicht auflösen können. Es scheint mir aber doch, dass der starke Fokus auf Schutz und Grenzen in der derzeitigen europäischen Debatte die Tatsache übersieht, dass wir die Probleme der Geflüchteten und die große Migrationswelle, die auf uns zurollt, perspektivisch nicht mit Diskussionen über FRONTEX lösen; nicht einmal mit einem gemeinsamen europäischen Asylrecht, sollte dieses uns denn gelingen. Sondern bestenfalls damit, die afrikanischen Frauen zu bilden („If you want to lift a country out of poverty, you need to educate the women“, sagt man in der Entwicklungshilfe); das Budget für Entwicklungshilfe zu steigern oder doch wenigstens den europäischen Referenzwert von 0.7% BIP zu erreichen; ferner die orthodoxen amerikanischen Evangelikalen davon abzubringen, über die UN-Vollversammlung stets die aktive Geburtenkontrolle in Afrika zu verhindern; und schließlich der eigenen Bevölkerung in Europa klar zu machen, dass unser Wunsch, frei zu sein von Zwang – also das Begehren, in Europa in Freiheit und Demokratie zu leben – gekoppelt sein muss an die Freiheit von Not in anderen Teilen der Welt, vor allem im Maghreb und in Afrika, also vor der europäischen Haustür.

Wenn wir z.B. die europäische Agrar- und Handelspolitik nach diesem Paradigma durchforsten würden, fänden wir sicherlich einige Hinweise darauf, was wir zur Bekämpfung von Fluchtursachen – Präsident van der Bellen hat die Klimaproblematik gerade erwähnt - tun könnten, ohne eine weitgehend auf Abschottung gerichtete europäische Debatte führen zu müssen.

Sofern es richtig ist – und es sieht, schaut man in die Meinungsumfragen, sehr danach aus – dass es vornehmlich die Geflüchtetenkrise war, die die politische Kompassnadel in vielen europäischen Mitgliedsstaaten von einer „Arbeit an der Vernunft“ in eine - schaut man auf die Rhetorik so

mancher Parteien in Europa - „Arbeit an der Niedertracht“ verkehrt hat, dann könnte man formulieren, dass im zukünftigen Miteinander Europas mit Afrika die eigentliche Herausforderung für das friedliche und solidarische Miteinander innerhalb Europas liegt.

Wenn es so ist, dass vor allem die Geflüchtetenkrise uns national gegeneinander Stellung beziehen lässt; wenn dies die politische Eiterblase fast aller Parteiensysteme Europas ist; wenn die Geflüchtetenkrise die populistische Flutung Europas bedingt, die Mehrheit aller Europäer – rund 2/3 – den Populismus indes fürchtet, weil er alles bedroht, was uns lieb ist, nämlich Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, dann ist es höchste Zeit, die Frage des Miteinanders Europas mit Afrika mit der Frage der zukünftigen Einheit Europas zu verknüpfen, denn es gelingt beides, oder aber es scheitert beides!

Und darum kann FRONTEX nicht die eigentliche Antwort sein, und auch nicht, wie viele Flüchtlingsboote wir vor Libyen zerstören können. Denn seit dem Römischen Reich steht das Mittelmeer als Mare Nostrum auf alten Karten eingetragen – unser Meer. Wer es durch eine Grenze teilt, zerstört mithin die Grundlage europäischer Zivilisation, die sich immer nur im Spiegel der orientalischen Seite des Mittelmeers entwickeln konnte.

Von der serbischen Menschenrechtsaktivistin Borka Pavicevic stammt der Satz: „The refugees come to ask us who we are. And we need to answer them.“ Nimmt man diesen Satz zur Grundlage der Betrachtung, dann ist die Geflüchtetenkrise ein Geschenk für Europa, denn sie stellt uns die Identitätsfrage und diese müssen wir jetzt beantworten. Wer sind wir? Wer oder was ist Europa? Man könnte auch fragen: Wer glauben wir denn, wer wir sind? Und wir müssen uns fragen, hier und jetzt, ob wir eine europäische Antwort im Sinne der Aufklärung geben – oder im Sinne des Mittelalters.

Zum Abschluss dieser kurzen Einlassungen zu den Werten der Aufklärung - den Werten Europas also - die derzeit so oft betont werden als etwas, das es zu schützen gelte, sei darum erneut darauf verwiesen, dass der Sinn der Politik nach Hannah Arendt die Freiheit, nicht die Sicherheit ist – und dass eine europäische Politik, die die Sicherheit zu sehr in den Vordergrund rückt, sich möglicherweise auf Abwegen des Strebens nach Freiheit bewegt.

Solidarität innerhalb Europas

Nun war dieser Umweg über das Miteinander Europas mit Afrika, das uns als Europäer entweder in Populismus zerreißt oder in europäischer Demokratie vereint, nur die Herleitung zum dritten Teil meiner Rede, dem gelingenden Miteinander untereinander, hier auf diesem europäischen Kontinent. Denn schon unter uns sogenannten europäischen Nationen ist es ja nicht immer gut um die europäische fraternité, die Solidarität bestellt, wie die jüngst durch den Wahlsieg in Italien losgetretene Diskussion über den Euro erneut zeigt. Denn vor der Geflüchtetenkrise, darum soll es in diesem dritten und letzten Teil meiner Gastrede gehen, war es die Banken-, Euro- und Sparkrise der EU, die Europa zwischen 2008 und 2018, also in den letzten zehn Jahren gelähmt und Europa ökonomisch wie politisch eine ganze Dekade hat verlieren lassen. Sie hat, noch bevor die Geflüchteten 2015 in großer Zahl zu uns kamen, jenen sozio-ökonomischen Mehltau, jene Morosität über unsere europäischen Gesellschaften gelegt, auf der Grundlage derer die Xenophobie und der populistische Nationalismus erst gedeihen konnten. In den Jahren der Euro-Sparpolitik und der Desindustrialisierung verlor Frankreich allein in den Jahren 2012 und 2013 jeweils 500.000 Industriearbeitsplätze. Im gleichen Zeitraum stieg der Front National um 15 Prozentpunkte an.

Im Unterschied zur Geflüchtetenkrise, die jeder buchstäblich sehen konnte, fand die sogenannte Eurokrise indes weitgehend blickgeschützt statt: auf den Couloirs der Banken, weit weg beim IMF, auf den Stockmarkets von London, New York oder Frankfurt. Wieviel politischer Schindluder hier – um nicht zu sagen: wieviel Verrat am Gemeinwohl – hier stattgefunden hat, ist darum einer breiteren Öffentlichkeit gar nicht klar. Als ich letzgens 16 bis 20-Jährige in Krems befragt habe, ob die EU in der Krise ist, antwortete konsequenterweise die große Mehrheit: Nein! Die Eurokrise ist mithin zu komplex, um im öffentlichen Diskurs verhandelt und diskutiert zu werden; die Geflüchtetenkrise hingegen ist es nicht. Das ist der Unterschied. Die eine Krise ist sichtbar, die andere unsichtbar, aber die eine bedingt die andere.

Über den Zusammenhang von Solidarität, Euro und Nation soll es also in den letzten 10 Minuten meines Vortrags gehen. Und wie Europa aus dieser Krise heraus eine neue Souveränität, politische Legitimität und mithin eine neue Identität geführt werden könnte; sprich: einen europäischen

Neuanfang wagen könnte, in dem die Städte wiederum – denn hier sind die Menschen zuhause - eine große Rolle zukäme.

„Die Liebe zum eigenen fängt mit der Fähigkeit zur Selbstkritik an“. So sagte Navid Kermani in seiner großartigen Rede in der Paulskirche 2016, als er den Preis des Börsenvereins des deutschen Buchhandels bekommen hat. Der Grund für den europäischen Populismus ist, sehr kurz gefasst, dass die EU (genauer: die großen, tonangebenden Mitgliedsstaaten der EU) diese Fähigkeit zur Selbstkritik verloren haben. Konsequenterweise wurde eine berechtigte, legitime und notwendige Kritik an den Strukturen der Eurozone den sogenannten Populisten überlassen. Wenn ein System aber nicht mehr in der Lage ist, auf Kritik zu reagieren und diese zu adjustieren, dann wird diese Kritik in Anti-Systeme umgeleitet, wie Wasser, das sich einen Weg sucht. Wo die EU „alternativlos“ war, suchte sich die Alternative zur EU einen anderen politischen Weg. In Deutschland heißt diese Partei sogar Alternative (AfD) und – auf die Gefahr hin, dass Sie mich jetzt des Populismus bezichtigen - die AfD, hat in vielen Punkten mit Ihrer Kritik am Euro leider Recht; sie formuliert m.E. nur die falschen Schlussfolgerungen, „keine Transferunion“. Überhaupt ist es das Muster sämtlicher populistischer Parteien in Europa, auf zwei Beinen zu laufen: das eine ist das anti-Euro-Bein, das andere das anti-Migrationsbein.

Nun finden Sie, meine Damen und Herren, auf diesem Kontinent und darüber hinaus, keinen einzigen Ökonomen oder Sozialwissenschaftler, der sagen würde, dass der Euro in seiner derzeitigen Governance-Form tragbar ist: Eine Währung ist de facto ein Sozialvertrag, der Euro aber will ohne Sozial- und Fiskalunion auskommen, soll ohne Transfers und ohne Haftung funktionieren und das ist natürlich eine Lebenslüge. Die Aufrechterhaltung dieser Lebenslüge kostet Europa die Abwendung vieler Bürgerinnen und Bürger von Europa, im Süden aufgrund der Sparpolitik, im Norden, weil man – vermeintlich – für alles bezahlen muss. Dass sich ein gelingendes Miteinander in Europa so auf Dauer nicht einstellen lässt, dürfte jedem einsichtig sein. Die Frage, die sich Europa in diesem Moment der Geschichte stellt, ist mithin die Frage, ob wir uns auf den Weg machen, eine europäische Demokratie zu schaffen, um den einen Markt und die eine Währung, die wir schon haben, in eine europäische Demokratie und eine europäische Finanzverfassung einzubetten – oder ob wir das nicht tun und auf nationalstaatlicher Souveränität beharren. Aber was ist eine Nation?

„La Nation est une solidarité“, so heißt es bei Ernest Renan, einem französischen Denker des 19. Jahrhunderts.ⁱ Man könnte auch sagen, eine Nation ist, sich Brief und Siegel auf die Solidarität zu geben, auf die fraternité, damit Solidarität eben nicht mehr beliebig ist, so wie sie es während der Eurokrise noch war, denn wir verhandeln seit dem – egal ob Griechenland ob Italien – ob wir solidarisch sind, bail out: ja – nein - vielleicht? Nation und mithin politische Einheit oder europäische Demokratie aber wäre, wenn sich diese Frage verbietet. Nation ist also nichts anderes als die bewusste Inangriffnahme einer gemeinsamen Zukunft durch die Verrechtlichung von Solidarität, die rechtliche Versiegelung oder eben die Institutionalisierung von Solidarität. Anders formuliert: der Rütli-Schwur auf den Euro!

Der französische Soziologe, Marcel Mauss, bezeichnet Nation ,als eine Gruppe von Individuen, denen ihre wechselseitige ökonomische und soziale Abhängigkeit gemeinsam bewusst wird und die sich dazu entschließen, diese wechselseitige Abhängigkeit in eine kollektive Kontrolle über den Staat und über das Wirtschaftssystem zu überführen.ⁱⁱ Ist das nicht genau, aber haargenau der Zustand, der historische Punkt, an dem Europa, heute steht? Die tagesaktuelle politische Diskussion über Italien, über ein Eurozonenbudget oder einen gemeinsamen EU-Finanzminister ist im Kern nichts Anderes! Am meisten fehlt es Europa also an einer durchschlagenden und legitimierten europäischen Exekutive!

An dieser Stelle soll darum deutlich gemacht werden, dass eine politische Einheit noch lange keine Zentralisierung bedeuteten muss, wie man es ja heute immer der europäischen Einigungsbewegung unterstellt, der zufolge man die nationale Identität gegen die Übergriffigkeit eines europäischen Superstaates stellen müsse. Nun ist z.B. die Bundesrepublik Deutschland, aber auch die Republik Österreichische durchaus dezentral. Trotzdem sind in Deutschland wie in Österreich alle Bürgerinnen und Bürger gleichgestellt, sie zahlen die gleichen Steuern, haben weitestgehend den gleichen Zugang zu sozialen Rechten und vor allem sind bei Wahlen gleich: darum sind sie eine Republik! Rechtsgleichheit, Gewaltenteilung und Parlamentarisierung haben weder mit Zentralisierung, noch mit Identitätsverlust etwas zu tun, wohl aber mit Demokratie.

Es geht also in dieser historischen Stunde Europas nicht um die Vereinheitlichung europäischer Kultur oder Identität – so wie Hessen, Sachsen, Bayern oder Tiroler und Burgenländer oder Bretonen und Korsen nicht unbedingt die gleiche Kultur haben – sondern es geht um normative Einheit bei kultureller Vielfalt: das ist Europa! Und darum steht die kulturelle Vielfalt der

rechtlichen Einheit und der bürgerlichen Gleichheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger auch nicht entgegen, denn niemand verliert seine Identität, nur weil er dieselben Rechte als europäischer Bürger erhält!

Nur 7% der Deutschen antworteten vor drei Wochen in einer Allensbachumfrage auf die Frage „Was ist Heimat?“ mit „Nation“. Alle andern antworteten, das wird Sie als Bürgermeister freuen, mit „meine Stadt“, „meine Region“, oder auch „meine Kirche“ oder „meine Familie“. Wie kann es dann aber sein, wenn die Nation für nur 7% aller Menschen ein wichtiges Element für Identität ist, dass derzeit so viel und vor allem so laut über Nation geredet wird?

Ich wage mich hier noch weiter vor, an dieser Stelle, mit meinem Argument, das Geld mit Blick auf Europa nicht das Problem ist, jedenfalls nicht das entscheidende. Sondern wofür man es ausgibt, auch für welches Denken. Allseits ist zu beobachten, dass das nationale Denken intellektuell aufgerüstet wird, die Nouvelle Droite in Frankreich hof- und salonfähig gemacht wird, ihre Schriften in neuen Hochglanzzeitschriften daherkommen, in Polen, in Frankreich und auch anderswo. Subtil verbrämt kommt hier in Lettern daher, was gestern noch anstößig war. Es darf vermutet werden, dass es eine konservativ-nationale Clique ist, die eine labile politische Situation und speziell die Abstiegsängste von Modernisierungsverlierern ausnutzt, um nationale Parolen zu verbreiten und gegen Europa Stimmung zu machen, weil ihnen selber die europäische Solidarität zu teuer ist. Dass sich Geld mit Ungeist verbindet, ist eine Erfahrung, die Europa schon mal gemacht hat; es ist ihm nicht bekommen. Von welcher Seite sollte man erwarten, sich dem Trend, die Niedertracht zu finanzieren, entgegenzustellen? Von den Städten, den Kommunen, den Regionen! Denn, wie uns Benjamin Barber in seinem schönen Buch „If Mayors ruled the world“ mitgeteilt hat: wenn Bürgermeister die Welt regieren würden: sie sähe ein Stückchen besser aus, denn es ist Politik nahe am Menschen. Sie, meine Damen und Herren, entscheiden mithin über das, was in Ihrer Stadt diskutiert wird, über die Zukunft Europas!

Ich bin der Überzeugung, dass Europa, dass die europäische Demokratie einen Wert hat und wir sollten den Preis dafür bezahlen. Es geht, wie Martin Schulz gestern im SPIEGEL schrieb, nicht um ein paar Millionen, sondern um die Zukunft Europas! Es kann nicht sein, dass Europa in allen politischen Sonntagreden immer und überall als das nec plus ultra der Staatsräson gehandelt wird, aber nie etwas kosten darf. Letztlich geht es darum, jenen berühmten Satz von Angela Merkel „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ umzudrehen. Denn der Satz ist falsch. Richtig ist:

„Bleibt der Euro, wie er ist, scheitert die europäische Demokratie“. Das, meine Damen und Herren, ist der Film, in dem wir alle sitzen – und es ist Zeit, diesen Film anzuhalten.

Europäische Horizonte für ein gelingendes Europa

Kommen wir zum Ausblick, den europäischen Horizonten. Wie nun können dies alles zu einer neuen Erzählung von Europa zusammengeführt werden?

Nun, wir komplementieren den einen europäischen Markt und die eine Währung um die eine europäische Demokratie. Wir stellen Rechtsgleichheit über Nationalität. Wir begreifen, dass die Bürgerinnen und Bürger, und nicht die Nationalstaaten der Souverän sind. Genauer: dass diejenigen Bürger, die sich in die Rechtsgleichheit begeben – und zwar unabhängig von Identität und Kultur – eine politische Einheit erst begründen. Denn wie sagte schon Jean Monnet: „L'Europe, nous ne coalisons pas des états, nous unissons des hommes.“ Europa, das heißt nicht, Staaten zu integrieren, sondern Menschen zu einen....

Denn eine europäische Demokratie kann nicht funktionieren, wenn bzw. solange nationale Volkswirtschaften – und damit Bürger – zueinander in Konkurrenz gestellt werden, zumal im gleichen Währungsraum. Denn Bürger konkurrieren nicht! Eine europäische Solidarität kann so nie und nimmer begründet werden. Eine Reform der Euro-Governance muss darum den bürgerlichen Gleichheitsgrundsatz als Bedingung für die europäische Demokratie ins Blickfeld nehmen. Dann geht es perspektivisch bei den Verhandlungen nicht mehr um Schuldenbremsen, Six Packs oder Two Packs, oder bail-outs, sondern um die Entwicklung eines grenzüberschreitenden europäischen Tarifrechts oder eine europäische Arbeitslosenversicherung. Es geht also um Verrechtlichung und nicht um Identität, um Parlamentarisierung, nicht um Zentralisierung, und um Gewaltenteilung, nicht um Kompetenzübertragung in Europa!

Anders formuliert geht es darum, die heutige EU-Rechtsgemeinschaft auch auf uns, die europäischen Bürgerinnen & Bürger, spricht auf den eigentlichen Souverän Europas auszudehnen. Denn wie Sie wissen, gibt es in der EU die vier Freiheiten für Kapital, Dienstleistungen, Güter und Personen. De facto sind aber nur Kapital, Dienstleistungen und Güter in der EU-Rechtsgemeinschaft gleich vor dem Recht: also die Gurke, die Glühbirne oder der Kredit und – nach jüngstem EUGH-Urteil zur Entsenderichtlinie – auch das Gehalt der Dienstleistung. Sie alle dürfen nach Herkunft, nach Nationalität nicht diskriminiert werden. Aber die Personen, also wir,

die Bürgerinnen & Bürger Europas, sind immer noch eingeteilt in ‚nationale Rechtscontainer‘, vor allen in den Bereichen Soziales und Steuern, die für uns am wichtigsten sind. Mit ungleichem Recht für die Bürger aber kann die europäische Demokratie nicht gelingen! Auch für die großen Dossiers der EU, etwa die geplante Kapitalunion, ist die zentrale Stellschraube z.B. ein einheitliches europäisches Insolvenzrecht, und zwar mehr als alles andere. Das Recht macht die Nation, genauer: das Recht macht die Republik!

Wenn wir verstanden haben, dass wir als Bürger der Souverän sind, dass Nationen historische Phänomene sind, die durch einen Prozess der Verrechtlichung begründet werden, dann könnten wir uns als europäische Bürgerinnen und Bürger in eine europäische Staatsbürgergemeinschaft begeben. Denn Nation ist, wie der – übrigens konservative Historiker – Theodor Schieder schon 1963 in einer Rede feststellte - in erster Linie Staatsbürgergemeinschaft, eine *citoyenneté européenne*, und nicht Sprache, Ethnie oder Kultur.ⁱⁱⁱ

Ein Euro – eine IBAN – perspektivisch eine Europäische Sozialversicherungsnummer, das wäre z.B. ein konkreter Ausdruck einer europäischen Staatsbürgergemeinschaft, Ausdruck von *égalité* und *fraternité*, Ausdruck also eines gelingenden Miteinanders in Europa. Damit die nächste Generation Europäer unbeschwert von Warschau nach Barcelona nach Thessaloniki nach Linz oder Helsinki und Lyon reisen und dort arbeiten kann, ohne sich um Rente, Krankenkasse oder nationale Rechtsgrenzen sorgen zu müssen.

Wir müssen das nicht morgen haben: vom Werner-Plan 1970 zum Euro in der Tasche 2002 haben wir 32 Jahre gebraucht. Aber wir sollten diesen Prozess beginnen. Europa braucht dringend einen klaren Plan, der einen sichtbaren Bürgerbezug hat. Einen Bürgerbezug, der Europa den Bürgern nicht besser erklärt – so wie es immer heißt - sondern der den Bürgerinnen und Bürgern die zentrale Mitsprache im europäischen Demokratieprozess einräumt. Mit andern Worten: der die Bürger zum Souverän Europas macht. Wir Bürgerinnen und Bürger Europas sollten daher heute formulieren, was wir morgen wollen: nämlich Rechtgleichheit!

Denn der Euro, 1970 noch Utopie, wurde genau dann zur Realität, als es einen Vertrag (also eine Verrechtlichung) und mithin eine Stichtagsregelung gab, den 1. Januar 2002. Es war diese Stichtagsregelung, die Verpflichtung, nämlich, dass zu einem bestimmten Tag in allen Geldautomaten Europas die gleiche Währung zu finden sein sollte, die letztlich alle Systeme – von

den Finanzsystemen bis hin zu den Geldautomaten – auf diese Umstellung verpflichtet hat. Mit der europäischen Demokratie müssten es wir es ähnlich machen!

56% der Deutschen sind einer jüngsten Umfrage zufolge für die Pläne von Emmanuel Macron. Für Österreich habe ich leider keine Umfrage gefunden. Aber es dürfte doch ähnlich sein. Dafür zu werben, dafür sind Ihre Städte der richtige Ort!

Meine Damen und Herren, ich denke, die Aufgabe die vor uns steht, ist, den einen Markt und die eine Währung um die eine Demokratie zu komplementieren; oder aber möglicherweise den einen Markt und die eine Währung und damit Europas Schicksal auf's Spiel zu setzen. Der Brexit macht den Beginn davon. Es dürfte uns alle teuer zu stehen kommen! Weil man sich nicht vorstellen möchte, welchen Preis wir in den nächsten Jahren womöglich bezahlen, wenn die europäische Desintegration so weitergeht, wie derzeit; wenn das europäische Projekt weiter aufgeribbelt wird wie ein Wollpullover, an dessen Faden wir gerade alle ziehen.

Ich schließe mit einem Satz von Theodor Schieder: „Aber in dem Augenblick, indem für uns der Nationalstaat ein historisches Phänomen geworden ist, sind wir für die Gegenwart und für die Zukunft im Grunde schon über ihn hinausgewachsen.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Die Autorin und der Autor

Prof.ⁱⁿ Dr. Ulrike Guérot
ulrike.guerot@donau-uni.ac.at

„Mission Statement“

Das Department für Europapolitik und Demokratieforschung (DED) arbeitet zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen im Bereich Europa und Demokratie.

Im Fokus unserer Forschung liegt die Auseinandersetzung mit Begriffen, Prozessen und Theorien um aktuelle Phänomene und Entwicklungen in Europa zu analysieren und zu erklären. Dabei erarbeiten wir neue Perspektiven und denken über Utopien nach.

Neben dem akademischen Austausch sehen wir den Dialog mit der Öffentlichkeit als eine wichtige Aufgabe des Departments. Unsere Forschungsergebnisse werden daher durch mediale Arbeit und künstlerische Interventionen begleitet.

Weitere Informationen unter:

<https://www.donau-uni.ac.at/ded>

Impressum

Department für Europapolitik und Demokratieforschung
<https://www.donau-uni.ac.at/ded>

Donau-Universität Krems
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30
3500 Krems

Heft 119. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-322-98776-1_2>.

ⁱ Ernest Renan,

<https://archive.org/stream/questcequunenat00renago#page/n37/mode/2up>

ⁱⁱ Marcel Mauss: Die Nation oder der Sinn fürs *Soziale*, hrsg. und mit einer Einführung von Jean Terrier und Marcel Fournier. Frankfurter Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie, hrsg. von Axel Honneth, im Auftrag des Institutes für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Band 25, S. 32

ⁱⁱⁱ SCHIEDER, THEODOR (1964): Der Nationalstaat in Europa als historisches Phänomen. In: MEYERS, FRANZ/ BRANDT, LEO (Hrsg.): *Ansprache des Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers. Der Nationalstaat in Europa als historisches Phänomen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S. 13–29. Teil der Serie „Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen: Geisteswissenschaften“,